



**Landratsamt  
München**



Landratsamt München · Frankenthaler Str. 5-9 · 81539 München

**Kommunale Angelegenheiten  
und Wahlen,  
staatliche Rechnungsprüfung**

Gemeinde Kirchheim b. München  
Hr. Pinzel & Hr. Fischer

per E-Mail

Ihr Zeichen:  
Ihr Schreiben vom: 12.08.2020  
Unser Zeichen: 4.3.1-027-248/20  
München, 25.09.2020

|                                      |                                       |   |                           |
|--------------------------------------|---------------------------------------|---|---------------------------|
| Auskunft erteilt:<br>Herr [REDACTED] | E-Mail:<br>[REDACTED]@lra-m.bayern.de | Tel.: 089 / 6221 [REDACTED]<br>Fax: 089 / 6221 [REDACTED] | Zimmer-Nr.:<br>[REDACTED] |
|--------------------------------------|---------------------------------------|---|---------------------------|

**Sportanlage Kirchheim Florianstraße 26, 85551 Kirchheim b. München**

Sehr geehrter Herr Pinzel,  
sehr geehrter Herr Fischer,

wie fernmündlich besprochen nehmen wir Stellung zur Sportanlage unter dem Gesichtspunkt öffentliche Einrichtung.

Nach Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GO sind alle Gemeindeangehörigen nach den bestehenden allgemeinen Vorschriften berechtigt, die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde zu benutzen. Öffentliche gemeindliche Einrichtung ist jede Einrichtung, die von der Gemeinde durch Widmungsakt der allgemeinen Benutzung in erster Linie durch ihre Angehörigen und die niedergelassenen Vereinigungen zugänglich gemacht und von ihr im öffentlichen Interesse unterhalten wird (vgl. Prandl/Zimmermann/Büchner/Pahlke, Kommunalrecht in Bayern, Art. 21 GO Rn. 4). Die Widmung kann durch Satzung oder durch Verwaltungsakt in Gestalt einer Allgemeinverfügung erfolgen. Es genügt indes auch eine durch eine Vergabep Praxis geformte konkludente Widmung (st. Rspr. des BayVGh, vgl. BayVGh, B.v. 10.10.2013 – 4 CE 13.2125). Für die Annahme eines Sportzentrums als öffentliche Einrichtung spricht, dass es im bürgerlich-rechtlichen Eigentum der Gemeinde steht und von ihr mit öffentlichen Mitteln gebaut wurde. Daraus folgt die Vermutung, dass die Gemeinde die Anlage zur Nutzung durch Sportler und Sportvereine aus ihrem Gemeindegebiet geschaffen und gewidmet hat (vgl. BayVGh, B.v. 14.9.1990 – 4 CE 90.2468).

Ausgehend von diesen Maßstäben handelt es sich bei der gemeindlichen Sportanlage um öffentliche Einrichtungen der Gemeinde. Das Sportstadion wurde ausdrücklich mit der Satzung über die Benutzung des gemeindlichen Stadions vom 30.09.2015 als öffentliche Einrichtung gewidmet (vgl. § 3 Abs. 1, § 8 Abs. 1 der Benutzungsordnung). In der Vereinbarung vom 06.07.2015 zwischen der Gemeinde und dem Kirchheimer Sport-Club e.V. (KSC) erkennt der KSC die Bestimmungen dieser Satzung als verbindlich an (vgl. 10.3 der Vereinbarung).

Soweit geltend gemacht wird, dass eine Hauptnutzung dem KSC überlassen werde, ist zu unterscheiden zwischen dem öffentlich-rechtlichen Zulassungsanspruch aufgrund Widmung der Anlagen und der Ausgestaltung des privatrechtlichen Benutzungsverhältnisses. Ein öffentlich-rechtlicher Zulassungsanspruch Dritter besteht, wenn die Sportanlagen zur Benutzung für die Allgemeinheit zur

**Öffnungszeiten**  
Mo. – Fr. 08:00 – 12:00 Uhr  
und Do. 14:00 – 17:30 Uhr  
**Bitte Termine vereinbaren**

**Telefon** 089 6221-0  
**Telefax** 089 6221-2278  
**Internet** [www.landkreis-muenchen.de](http://www.landkreis-muenchen.de)  
**E-Mail** [poststelle@lra-m.bayern.de](mailto:poststelle@lra-m.bayern.de)

**Bankverbindungen**  
KSK München Starnberg Ebersberg  
IBAN DE29 7025 0150 0000 0001 09  
SWIFT-BIC BYLADEM1KMS

**Postbank München**  
IBAN DE06 7001 0080 0048 1858 04  
SWIFT-BIC PBKNDEFF

Verfügung stehen. Die Rechtsbeziehungen der Sportvereine und Sportler mit der Gemeinde hinsichtlich der Zulassung zur Nutzung der Anlage gehören dem öffentlichen Recht an und sind den zivilrechtlichen Regelungen über Einzelheiten vorgeschaltet. Die Ausgestaltung der Nutzung im Einzelnen auf der Abwicklungsebene kann durch privatrechtliche Verträge geregelt werden. Dabei kann die Gemeinde die privatrechtliche Abwicklung auch einem Hauptpächter überlassen (vgl. BayVGH, B.v. 14.9.1990 – 4 CE 90.2468 – BayVBl 1991, 86/87). Damit entscheidet der Hauptpächter bei Streitigkeiten aber nicht darüber, in welchem Umfang einem Anderen ein Nutzungsrecht zusteht.

Wie bereits oben ausgeführt, spricht für eine öffentliche Einrichtung der Gemeinde auch, dass die Sportanlagen im Eigentum der Gemeinde stehen und von ihr finanziert wurden. Dass sich der KSC an den Kosten beteiligt rechtfertigt keine andere Beurteilung. Entscheidend ist, dass die Sportanlagen im Eigentum der Gemeinde stehen. Es kommt nicht darauf an, wer sie errichtet hat oder wer sie unterhält (VG München, Urteil v. 14.01.2015 – M 7 K 13.5165 – BeckRS 2015, 122053).

Der Zulassungsanspruch wird begrenzt durch den Zweck der jeweiligen Einrichtung, der sich wiederum aus der Widmung ergibt. Der Zulassungsanspruch hat innerhalb des Zwecks der Einrichtung seine Grenze in der Kapazität der Einrichtung sowie in sicherheits- und ordnungsrechtlichen Aspekten (vgl. Prandl/Zimmermann/Büchner/Pahlke, Kommunalrecht in Bayern zu Art. 21 GO, Rn. 3).

Daher kann im Einzelfall (!) – etwa bei einer vollständigen Belegung aller Sportplätze – eine Sperrung der Anlage für den Breitensport rechtmäßig sein, soweit hierbei eine Erschöpfung der Kapazität festgestellt würde. Wann genau eine solche vorliegen würde, kann durch uns – u.a. mangels Ortskenntnis – nicht im Voraus festgestellt werden. Bei einer nur teilweisen Nutzung des Geländes durch den Schulsport/KSC wird eine Kapazitätserschöpfung im Regelfall wohl nicht anzunehmen sein.

Soweit geltend gemacht würde, dass die Veranstaltungen, bei denen künftig Zuschauer zugelassen werden, nunmehr ein den Sport ausschließendes Infektionsrisiko darstellen, verweisen wir auf die Widmung der Anlage als Sportanlage. Diese hat auch im Rahmen des Individualsports Vorrang vor Zuschauern, sodass Zuschauern der Zutritt als milderer Mittel verwehrt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

